



## Der erste Schritt.

Europa verhandelt mit den europäischen Banken.

Die große amerikanische Nachrichtenagentur „United Press“, die seit dem republikanischen Wahlsieg 1920 durch gute persönliche Beziehungen zu Harding die verlässlichsten Nachrichten aus Washington erhält, berichtet, daß die Vereinigten Staaten den ersten Schritt unternommen haben, um in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Europas einzugreifen. Dieser Schritt soll darin bestehen, daß die amerikanische Regierung bereits offizielle Verhandlungen mit großen europäischen Banken angeknüpft haben soll, um gemeinsame Schritte zur Stabilisierung der Wechselkurse zu unternehmen. Es sei möglich, daß aus diesen Besprechungen die Einberufung einer großen internationalen Konferenz hervorgehe.

Die Verhandlungen wurden auf Veranlassung des Präsidenten Harding vor einiger Zeit begonnen, und zwar besonders mit den Banken der Länder, deren Wechselkurs dem Dollar sehr nahesteht, also Englands, der skandinavischen Länder und Spaniens. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den amerikanischen Finanziers noch keinen endgültigen Plan vorgelegt, aber in gutinformierten Kreisen glaubt man, daß die Washingtoner Regierung nunmehr ernsthaft Schritte unternommen wird.

Vorläufig dürfte es sich bei dem amerikanischen Schritte nur um Vorbereitungen handeln, zu einem ersten finanziellen Eingreifen Amerikas dürfte es wohl erst nach den Kongresswahlen in der ersten Novemberhälfte kommen.

## Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Der Stinnes-Vertrag mit der französischen Wiederaufbaugenossenschaft.

Der vor einigen Tagen von dem Präsidenten der französischen Wiederaufbaugenossenschaft Marquis de Lubersac und dem deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes unterzeichnete Vertrag über Materiallieferungen für den Wiederaufbau der kriegsgerstörten nordfranzösischen Gebiete wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Das Abkommen stellt sich als erste praktische Ausführung des von Rathenau abgeschlossenen Wiesbadener Sachlieferungsabkommens dar.

Der Vertrag bestimmt als Vermittlungsstelle für die Ausführung der Sachlieferungen die „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen, der das Recht zuerkannt wird, für die allgemeinen Unkosten und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der in keinem Falle 6 vom Hundert des Preises übersteigen darf, den sie in Deutschland für die gelieferten Waren bezahlt hat. Der Vertrag dieses Aufschlages wird in die Summe mit einbezogen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird.

In dieser Summe, die Deutschland gutgeschrieben wird, sollen ebenfalls die etwaigen Kosten einbezogen sein, die aus den Restfugungen entstehen, die durch die Finanzierung dieses Unternehmens seitens der Essener Firma mit einem Bankkreditkonsortium unter Führung der Dresdener Bank vereinbart werden.

Freigabe eines Teiles der an Frankreich zu liefernden Kohlenmengen.

In dem Vertrag erklärt Herr Stinnes, daß es zur verstärkten Lieferung von Baumaterialien wie Zement, Ziegelsteinen, Kalk, Dachziegel nötig sei, daß ein bestimmter Prozentsatz der monatlich von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmengen frei gegeben werde, ein Prozentsatz, der dem für die Fabrikation dieser Materialien unbedingt nötigen Verbrauch entspricht. Die freigegebenen Kohlenmengen sollen ausschließlich für die Verstärkung der Erzeugung der Sachlieferungen Verwendung finden. Eine Kommission wird gemeinschaftlich die Kohlenverbrauchsziele für die erzeugten Materialien festlegen.

Herr de Lubersac erklärt, daß Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Sachlieferung ist, daß der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Lagern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf keinen Fall den Preis der entsprechenden von dem französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen darf, da die Kriegsentfädigung der französischen Geschädigten demgemäß festgesetzt worden sei.

Der Vertrag bestimmt ausdrücklich, daß das Abkommen nur unter der Voraussetzung gilt, daß die deutschen Warenlieferungen unter dem Titel „Sachlieferungen“ nach dem französischen Mindestzoll verzollt werden.

Weiter wird bestimmt, daß die Übereinkunft so lange dauert, wie die Abkommen von Wiesbaden und Berlin. Weiter verpflichteten sich Stinnes und Lubersac, diese Vereinbarungen und ihre gegenseitigen Erklärungen ihren Regierungen mitzuteilen. Die Vereinbarung gilt vorbehaltlich der Genehmigung des Verwaltungsrates der französischen Wiederaufbaugenossenschaften.

## Hilferuf der Presse.

Appell der rheinisch-westfälischen Presse an die Reichsregierung.

Der 1. September war ein schwarzer Tag für das deutsche Zeitungsgewerbe. Eine Unmenge von Zeitungen hat infolge der ungeheuren Steigerung der Druckpapierpreise ihr Erscheinen einstellen bzw. stark einschränken müssen. Und wenn die Preisgestaltung auf dem Papiermarkt in den kommenden Wochen keine durchgreifende Milderung erfährt, dann stehen auch die Blätter vor dem Ruin, die bis dahin unter Aufwand größter Geldopfer noch durchhalten konnten. Angesichts des drohenden Zusammenbruchs des deut-

igen Zeitungsgewerbes hat der Vorstand des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die abermals um 150 Proz. gestiegenen Papierpreise, die jetzt das 300fache des Friedenspreises darstellen, stellen das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe vor eine Katastrophe. Die Zahl der bereits eingegangenen Zeitungen wird um ein beträchtliches vermehrt und die noch bestehenden kämpfen einem verzweifelten Kampf um ihre Existenz und zugleich um die Existenz von vielen Tausenden Redakteuren, Angehörigen und Arbeitern. Mit großer Sorge schauen wir in die Zukunft. Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse als Vertreter von mehr als 400 Redakteuren und den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen richtet an Reichsregierung und Reichstag die dringende Aufforderung, in dieser großen Gefahr für die Zukunft der gesamten deutschen Presse durch wirksame Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.“

Infolge der hohen Druckpapierpreise wird die in Warendorf erscheinende Zeitung „Westfalenland“ am 1. Oktober ihr Erscheinen einstellen. — In Birma-sens ist die „Birmasenser Volkszeitung“ eingegangen, das vierte Blatt, das bisher in Birma-sens sein Erscheinen einstellen mußte. Nunmehr verfügt die Stadt nur noch über eine Zeitung bei rund 40 000 Einwohnern.

## Die griechische Niederlage.

Die Athener Regierung bittet um Waffenstillstand.

Unter dem Eindruck der schweren Niederlage der griechischen Armee in Kleinasien sind König Konstantin von Griechenland und die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. Wie die Londoner Presse meldet, haben zwischen England, Frankreich und Italien bereits Erörterungen über das griechische Waffenstillstandsgesuch stattgefunden. Angeblich soll hierbei vollständige Übereinstimmung zwischen den Mächten zutage getreten sein. Die Alliierten nehmen an, daß die Hauptbedingung für einen Waffenstillstand die Räumung Kleinasien durch die Griechen sein werde. Als wahrscheinlich betrachtet man, daß die Regierung von Ankara außerdem fordern würde, daß die Griechen auch Thrakien aufgeben, die Mächte würden in dieser Frage jedoch nicht nachgeben.

Die Griechen auf der Flucht.

Nach Athener Meldungen hat das griechische Kabinett beschlossen, die erforderlichen Vorbereitungen für die Räumung Kleinasien zu treffen, die keinerlei Aussicht mehr besteht, den türkischen Siegeszug aufzuhalten. Von der Tschatadschallie sind zwar Verstärkungen nach Kleinasien unterwegs, doch dürften diese Truppen lediglich zur Aufnahme der zurückflutenden Feldarmee dienen. Der türkische Vormarsch dauert an der ganzen Front an. Die griechischen Truppen ziehen sich kampflös zurück. Beim Rückzug werden die Städte und Dörfer im Innern niedergebrannt. Ein Telegramm aus Athen bestätigt die Einnahme von Utschak durch die türkischen Truppen und läßt einen baldigen Fall der Stadt Bursa, des wichtigsten Stützpunktes im Norden Kleinasien voraussehen, von der die Türken nur noch etwa 21 Kilometer entfernt sind. Die Räumung von Brussa ist in vollem Gange.

Auch Smyrna wird schon geräumt.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel haben auf Ersuchen der Konsuln englische, französische, italienische und amerikanische Kreuzer den Befehl erhalten, nach Smyrna zu fahren. Obwohl die Stadt noch nicht direkt bedroht ist, haben bereits viele Griechen sie verlassen. Die Archive der griechischen Verwaltung wurden zusammengepackt und sollen nach Athen transportiert werden; die Rückbeförderung der Truppen durch die Kriegsschiffe hat bereits ein-gesetzt. Tausende von christlichen Flüchtlingen nähern sich der Stadt.

Benizelos taucht wieder auf.

Die Stellung des griechischen Kabinetts ist erschüttert. Sobald die Räumung Kleinasien offiziell bekannt gegeben wird, beabsichtigt die Regierung ihre Demission zu geben. Der griechische Oberbefehlshaber in Kleinasien ist von seinem Posten entbunden worden. Der frühere Diktator Griechenlands Benizelos hat angeblich eine Einladung erhalten, nach Athen zurück-zukehren. Zahlreiche griechische Blätter fordern den Rücktritt der Regierung.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 6. September 1922.

— Im Reichstag trat der vom Wohnungsausschuß eingesetzte Unterausschuß zusammen, um sich u. a. mit den Fragen des Kleinwohnungsbaues zu befassen.

— Gegen die Verschärfung der Zwangsversteigerung hat die württembergische Landwirtschaftskammer scharfen Einspruch erhoben.

— Der Mitteldeutsche Verband hat in Essen eine Tagung abgehalten, an der auch Vertreter der Großdeutschen Partei aus Ostpreußen teilnahmen.

— Der Landesauschuß der Deutschen Nationalen Volkspartei in Baden hat beschlossen, den Abg. Dr. Düringer aufzufordern, sein Amt als Landesvorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei und sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er das Vertrauen seiner Partei nicht mehr beziehe.

— Eine von der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Stuttgart ausgeführte Fahnenweihe ist von der württembergischen Regierung verboten worden.

— Erhöhung der Beamtenbesoldung um 30 Prozent. Die mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge führten zu einem Übereinkommen dahin, daß vom 1. September ab eine Erhöhung der Gesamtbezüge gegenüber den Augustbezügen um rund 30 vom Hundert eintritt. Das Kabinett und der Reichsrat haben der mit den Organisationsvereinigungen Erhöhung der Teuerungsausgleichs ihre Zu-

stimmung erteilt. Die angeforderte Erhöhung soll nach der ausdrücklichen Versicherung der Regierung mit größtmöglicher Beschleunigung zur Auszahlung gelangen. Ueber die Festsetzung der Lohnsätze für die Arbeiter in den Reichsbetrieben werden die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium noch fortgesetzt.

— Protest der Zeitungsverleger gegen die Presseverbote. Eine Vorstandskundgebung des Vereins deutscher Zeitungsverleger wendet sich in einer scharfen Protestresolution gegen die Handhabung des Schußgesetzes durch die Verwaltungspraxis, die in zahlreichen Fällen Verbote auf Grund des Gesetzes ausgesprochen habe, ohne daß nach der Ueberzeugung der sachverständigen Presseorganisationen der gesetzliche Tatbestand für ein Verbot vorlag. Das bisherige Vorgehen der Verwaltungsbehörden müsse in nächster Zukunft zu einer Unterbindung jeglicher wirkungsvollen kritischen Besprechung, zu schließlicher Unfruchtbarkeit des politischen öffentlichen Lebens und völliger Lähmung jeder öffentlichen Betätigung aller Volksschichten führen und damit der Verfassung des Reichs die Grundlagen entziehen. Angesichts dieser Gefahren seien die bevollmächtigten Vertreter der deutschen Zeitungsverleger, besonders auch die den Regierungsstellen nahestehenden Zeitungen, Regierungen und Parlamente zu beschleunigter Abhilfe auf.

— Die der Völkerverbund die Wünsche des Saargebietes. Der Völkerverbund bestätigte für ein neues Jahr das Mandat des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes Dr. Hector, trotz der gewaltigen Protestkundgebungen, die sich im ganzen Saargebiet gegen Hector erhoben haben. Der Völkerverbund fordert den Generalsekretär auf, Herrn Hector ausdrücklich den Dank des Völkerverbundes für die Dienste, die er während seiner Amtsführung dem Völkerverbund geleistet hat, auszudrücken. — Diese Entscheidung des Völkerverbundes ist ein neuer Beweis für seine Verständnislosigkeit gegenüber den berechtigten Forderungen des Saargebietes.

— Gefährdung des Ueberflüchtenabkommens. Der alte Bergarbeiterverband im Ruhrrevier hat sich nach der „Rhein-Welt“ gegen die weitere Ausdehnung des Ueberflüchtenabkommens erklärt, die nach den Vereinbarungen zwischen Reichsregierung, den Kohlenindustriellen und den Vertretern der Arbeiterverbände zur Garantierung der Reparationslieferungen vorgesehen war. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft tretenden Ueberflüchtenabkommens an verschiedenen Stellen wegen der physischen Beschaffenheit der Bergleute auf Schwierigkeiten stoße. — Auch die Bergarbeiter im Sauerländer Steinkohlenrevier sowie im Lagan-Deutscher Revier haben sich gegen das Verfahren einer täglichen Ueberflüchte ausgesprochen. Damit kommt ein Verfahren von Ueberflüchten im saarischen Steinkohlenbergbau nicht mehr in Frage.

— Die sozialistischen Einigungsverhandlungen. Bei den Verhandlungen zwischen den Beauftragten der Parteivorstände der SPD. und USV. wurde über das Aktionsprogramm volle Einmütigkeit erzielt. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Parteitag ein grundsätzliches Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleistet werden. Neben eine ganze Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde laut „Vorwärts“ infolge gegenseitigen Entgegenkommens ebenfalls leicht Übereinstimmung erzielt.

— Der Banknotenauflauf in Polen hat die Höhe von 1351 Milliarden polnischer Mark erreicht.

— Der Völkerverbundsauflauf für Verkehrs- und Transportwesen beschloß ein Schlichtungsverfahren über den Streitfall zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Anwendung der Berner Verkehrs-Konvention in die Wege zu leiten.

— Die Abrüstungskommission des Völkerverbundes nahm eine Entschließung an, daß in Zukunft der Verkauf und die Fabrikation von Kriegsmaterial durch Privatindustrie nur noch mit der Erlaubnis der zuständigen Landesregierung gestattet werden dürfe.

— Österreich: Der Bundeskanzler in Genf.

— Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seidel hat sich nach Genf begeben, um persönlich vor dem Völkerverbund das österreichische Vorgehen zu vertreten. Er wird der Versammlung einen Plan unterbreiten, in dem er einen sofortigen Kredit von 60 Millionen Dollar anfordern wird, der von den einzelnen Staaten garantiert werden soll.

— Schweiz: Ein Chilene Präsident des Völkerverbundes.

— Die Völkerverbundsversammlung in Genf hat mit 43 von 44 abgegebenen Stimmen den Vertreter der südamerikanischen Republik Chile, Edwards, chilenischen Gesandten in London, zum Präsidenten gewählt. Der neu gewählte Präsident dankte für die Wahl, die er vor allem als eine Ehre des lateinischen Volkes auffaßte. Hierauf wurden sechs große Ausschüsse gebildet, die sich folgendermaßen in die Arbeiten der Versammlung teilen: 1. Befassungs- und Rechtsfragen. 2. Technische Organisation. 3. Abrüstung. 4. Haushalt- und Finanzfragen. 5. Allgemeine Fragen. 6. Politische Angelegenheiten. Außerdem wurde eine Kommission aus fünf Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnung und der Aufnahme eventueller neuer Verhandlungsgegenstände beauftragt.

— England: Die britische Arbeiterschaft gegen Versailles.

— Der Arbeiterführer Smillie erklärte in einer Rede in Southport (Lancashire) bei einer Kundgebung im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongress in England, daß Millionen Menschen am Rande des Hungertodes und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern sie hungerten und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten. An dem Kongress selbst nahmen 800 Delegierte teil, die 5 bis 6 Millionen Arbeiter vertraten. Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende Walker, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Millionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Die Arbeitslosigkeit werde in der kommenden Zeit in erschreckendem Maße zunehmen. Zum Schluß trat Walker für eine Revision des Versailler Vertrages ein, für die Zurückziehung der Besatzungshere von Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht immer buhlen, nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler. Berlin, 5. Septbr. Die Vertreter der Spitzenorganisationen aller Gewerkschaften sind heute mittag neuerlich vom Reichskanzler empfangen worden.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses. Berlin, 5. September. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird am Freitag zusammen treten, um sich mit dem Reparationsproblem und den deutsch-belgischen Verhandlungen zu beschäftigen.

Die Verhandlungen mit Belgien. Berlin, 5. September. Die Verhandlungen mit den Vertretern der belgischen Regierung, Delacroix und Bemelmans, werden morgen beginnen.

Heiratspläne Wilhelms II? Berlin, 5. September. Die Berliner Blätter geben eine New Yorker Pressemeldung wieder, wonach Kaiser Wilhelm II. sich in Doorn mit der Prinzessin Hermine zu Carolath-Beuthen, geb. Prinzessin Neufeld, verlobt habe.

Prinzessin Hermine ist die Witwe des Prinzen Johann Georg zu Carolath-Beuthen, der während des Krieges gestorben ist; sie steht im 36. Lebensjahr und hat fünf Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren.

Konstantinopel, 5. September. Nach einer am 4. Nacheinbringung der Regierung von Angora sind die türkischen Truppen in Brussa eingezogen.

Brasilianische Unabhängigkeitsfeier. Brasilien die hundertjährige Feier seiner Unabhängigkeit. Die brasilianische Regierung wird in Rio de Janeiro eine Erinnerungsfestveranstaltung veranstalten.

Sport und Verkehr.

Luftverbindung Deutschland-England. Die Einrichtung einer Luftverbindung zwischen Berlin über London nach der englischen Handelsstadt Manchester ist geplant. Die Flugzeuge sollen von Manchester abfliegen und eine Zwischenlandung vor dem Eintreffen in Berlin vornehmen.

Aus Stadt und Land.

Ein deutscher Dampfer in Konstantinopel. Der deutsche Dampfer „Waterland“ mußte trotz des noch bestehenden Verbots auf der Rede von Konstantinopel ankern, da er eine Kesselavarie erlitten hatte.

Der Zwischenfall in Oberkassel. Die belgische Besatzungsbehörde hat den anlässlich der Tötung der beiden belgischen Soldaten in Oberkassel verhafteten Belgierorden Oberkasseler sowie den Polizeirat Blaßius wieder freigelassen.

Tragisches Ende eines Arbeiterausfluges. Aus Olmütz gemeldet wird, hatte die Metallgießerei gewerkschaftlich in Preßau einen Ausflug veranstaltet. An der Fahrt beteiligten sich 180 Arbeiter, die in drei Lastautos befördert werden sollten.

Die deutschen Arbeiter hatten im Jahre 1911 den schwedischen Arbeitern bei einem Streik eine Unterstützung von 1 1/2 Millionen schwedischer Kronen gewidmet.

Zum Gedächtnis Ludwig Ganghofers soll in Berchtesgaden eine Gedenktafel aufgestellt werden. Die Gemeinde Berchtesgaden hat sich bereit erklärt, auf einem vielbesagten Wege, etwa dem zum Dorfsteig, eine Ludwig-Ganghofer-Bank auf ihre Kosten aufstellen zu lassen.

Großfeuer in einem Glaswerk. Die Glasstecher Robert Schickelanz in Reudobra wurde durch ein Großfeuer, das durch Selbstentzündung ausgetreten war, fast völlig eingekerkert.

Löhne in Goldwährung. In der Textil- und in der Bauindustrie des Bezirks Limbach (Sachsen) haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Die Herbstübungen des Reichsheeres. Die diesjährigen Herbstübungen des Reichsheeres, die innerhalb der einzelnen Divisionen auf den Truppenübungsplätzen abgehalten werden, beginnen durchschnittlich am 18. September.

Keine Zeitungen in Wien. Die Verhandlungen mit den streikenden Buchdruckern in Wien haben sich verflüchtigt, worauf die Buchdrucker auch auf Zeitungen ausdehnten, so daß in Wien keine Zeitung erscheint.

Ein Munitionsdepot in die Luft geflogen. In der französischen Stadt Poitiers ist ein Munitionsdepot, in dem eine Feuersbrunst ausgebrochen war, in die Luft geflogen.

Zentralfeierlichkeiten. Das im 300. Jubiläumsjahr der Reformation, 1817, errichtete Luther-Denkmal in Tausa ist von unbekanntem Täter vollständig zerstört worden.

Die Arbeiter in den Textilfabriken des Hirscherer Tales sind wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Volkswirtschaft.

Berlin, 5. Septbr. (Börse.) In Devisen und Dollars, der mit 1450 (amtlich 1423) gehandelt wurde, ist das Geschäft ruhiger geworden.

Table with 4 columns: Item, 5. 9., 4. 9., 1914. Rows include: 100 holländische Gulden, 100 belgische Franken, 100 dänische Kronen, 100 schwedische Kronen, 100 italienische Lire, 1 englisches Pfund, 1 Dollar, 100 französische Franken, 100 schweizerische Franken, 100 tschechische Kronen.

Berlin, 5. Septbr. (Barenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer 2875-2950, Roggen Märkischer 2450-2500, Sommergerste 2700-2800, Wintergerste 2200-2650, Ioko Berlin 2750-2775, Mais ab Hamburg 2600-2650, Ioko Berlin 2650, Weizenmehl (100 Kilo) 7300-8500, Roggenmehl (100 Kilo) 6100-6700, Weizen- und Roggenkleie 1700 bis 1750, Raps 3600, Bittererbsen 4800, Meine Speiseerbsen 4000-4100, Futtererbsen 3700-2800, Erbbohnen 2600-2800, Lupinen blaue 1400-1800, gelbe 1900-2100, Rapssamen 1900-2000, Leinsamen 2800-3200, Trofenschnittel 1900, Vorkwellige Jucker Schnittel 3000-2300, Torfklasse 1300-1450, Heu und Stroh, Großhandelspreise für 50 Kilo ab märkischer Station: Drahtgepreßtes Roggen- und Haferstroh 540-580, hinfadenartiges gepreßtes Roggen- und Weizenstroh 500-540, Roggenlangstroh 540-580, geb. Krummstroh 440-480, Stroh 620 bis 660, handelsüblich. Heu 540-610, gutes Heu 610-660.

Bereine und Versammlungen.

Deutscher Mietertag in Aachen. Die Aachener Mietertagung wählte die beiden früheren Vorsitzenden Herrmann und Groß-Dresden unter stürmischen Beifall wieder. Es wurde eine Entschließung angenommen in der scharfe Kritik an den unklaren Ausführenden Bestimmungen zu dem Mietergesetz geübt wird.

Soziales.

Warnung vor Jungs. Vom Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau, Bodum wird mitgeteilt: Infolge Verringerung der Arbeitsmarktlage hat der Bedarf an ungelehrten Arbeitern in rheinisch-westfälischen Industriebezirk in letzter Zeit bedeutend nachgelassen; auch sind die Unterkunftsstellen für Ledige ziemlich erschöpft.

Gedenktafel für den 6. September.

1634 Die Kaiserlichen unter Wallas schlagen die Schweden und Protestanten bei Wördlingen (5.6. September). 1729 Der Philosoph Moses Mendelssohn in Berlin († 1786). 1813 Sieg der Franzosen über die Preußen, Sachsen und Württemberger bei Dennewitz - 1903 Der Vater Friedrich v. Raubach in Hannover (\* 1822) - 1916 Eroberung der rumänischen Festung Turotan - 1918 Rückzug der Deutschen zwischen Cambray und Bailly.

Der Monat September war bei den Römern der siebente Monat im Jahre; die Zahl (septem) gab ihm daher den Namen. Der deutsche Name ist Scheiding, der Scheidende, weil sich in ihm Sommer und Herbst scheiden.

Die Gartenarbeit erstreckt sich im September auf die Aussaat von Spinat, Kapuzeln, Winterfresse, Kerbel, Karotten, soweit nicht schon im August ausgefällt, ferner auf die Samengewinnung, Durchwintierung von Kohlpflanzen, Umgraben abgeernteter Beete und deren Düngung.

Schwer herein - Schwantl der Wagen - Kornobladen; - Bunt von Farben - Auf den Garben - Liegt der Kranz, - Und das junge Volk der Schnitter - Fliegt zum Tanz.

Zurpflanzung der Obstbäume. Im Herbst werden bekanntlich Obstbäume gepflanzt und Frühjahrspflanzung von Obstbäumen durch Auswerfen der Baumgruppen vorbereitet.

Sote, welche leben.

Blener Originalroman von H. Goltner-Greif. (2. Fortsetzung.) Langsam, noch immer ein wenig abgernd, kam der seltsame Besucher heran. Als er knapp vor dem andern stand, zog er beinahe wie unwillkürlich den Hut. Scharf blickte Werner Irwein hinab auf den bedeutend kleineren. Und wieder stieg eine dunkle Rote in das blass Gesicht. Den Gruß erwiderte er nur höchst nachlässig, kaum merkbar.

Der Kleine blieb neben ihm. „Sie erkennen mich nicht mehr, Herr Irwein?“ fragte er untertänig. „So! So! Nun - dann muß ich mich Ihnen eben ein wenig in Erinnerung bringen! Ich war doch sehr gut bekannt mit - mit Ihrer Frau, Herr Irwein.“ Der Angeredete zuckte zusammen, als hätte ihn ein Peitschenschlag getroffen. „Meine Frau ist längst gestorben,“ sagte er abweisend, - „drüben in Amerika. Sie ist verunglückt bei einem ungeheuren Erdbeben. Eine von Unzulänglich.“ Der Kleine starrte nicht. „Ja, ja. Na, wenn's Ihnen nicht näher geht - mir kann's egal sein. Mir ist schon sehr leid um sie. Ein Teufelsweib, Herr Irwein. Die hatte Temperament! Und geritten ist sie im Zirkus wie eine Wilde! Die Leute da drüben waren ganz wahnsinnig, wenn sie auftrat. Ja - man stellt dort andere Anforderungen an die Menschen, als hier in dem rühmlichen Europa. Man macht kein solches Aufsehen, wenn's einmal mit der sogenannten Moral ein wenig habert. Man schätzt die Kunst und denkt nicht so Kleinlich, ob die Frau auch immer ihrem Gatten ganz treu war oder ob sie vielleicht ein paar Wechseln auf seinen Namen fälschte.“ Werner Irwein preßte die Zähne aufeinander.

